



Presseinformation

Nr. 039/2006

Kiel, Dienstag, 31. Januar 2006

Wirtschaft & Beschäftigung in Schleswig-Holstein

Heiner Garg: „Das Land darf den Wirtschaftsraum Brunsbüttel nicht mit FFH-Gebieten erwürgen!“

Zur drohenden Ausweisung eines FFH-Gebietes im Zuge der Elbe vor
Brunsbüttel erklärte der stellvertretende Vorsitzende der FDP-
Landtagsfraktion, **Dr. Heiner Garg**:

„Heute wurde bekannt, dass in Schleswig-Holstein im Januar fast 170.000
Menschen arbeitslos waren—fast 163.000 offiziell arbeitslos und weitere
6.500 in ‚arbeitsmarktentlastenden Maßnahmen‘ der Bundesagentur für
Arbeit. Die meldete auch gleich, das sei besser als letztes Jahr—aber wir
finden es immer noch viel zu schlimm!

Und nun stehen in und bei Brunsbüttel weitere 4.000 hochproduktive
Industriearbeitsplätze auf dem Spiel, weil die EU *angeblich* vorschreibt, dass
die Elbe vor Brunsbüttel ausnahmslos ein FFH-Gebiet werden müsse. Das
ließ bis gestern jedenfalls der Umweltminister behaupten.
Ob das stimmt, ist unklar—denn die Landesregierung hat die Entscheidung
über die Ausweisung verschoben: Wäre die Sache eindeutig, gäbe es hierfür
keinen Grund.

Aber die Sachlage ist offensichtlich mindestens zweideutig: Deshalb wollen
wir, dass die Landesregierung dem Landtag ausführlich über diesen Fall
berichtet. So wollen wir Licht ins Dunkel des umweltbürokratischen
Wildwuchses bringen und ihn später angemessen lichten.

Vor allem wollen wir, dass die Landesregierung alle rechtlich zulässigen
Möglichkeiten ausschöpft, um die Arbeitsplätze im Wirtschaftsraum
Brunsbüttel zu sichern: Der Wirtschaftsraum Brunsbüttel darf nicht mit FFH-
Gebieten erwürgt werden!“

Anlage: Antrag der FDP-Landtagsfraktion auf einen Bericht zur Zukunft
des Wirtschaftsraumes Brunsbüttel

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Günther Hildebrand, MdL



Antrag

der Fraktion der FDP

Zukunft des Wirtschaftsraumes Brunsbüttel

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, zur 11. Tagung schriftlich über die Lage, die Entwicklung und die Chancen des Wirtschaftsraumes Brunsbüttel zu berichten.

Die Landesregierung möge besonders zu folgenden Punkte berichten:

- Die Wirtschaftsstruktur im Wirtschaftsraum Brunsbüttel.
- Die Bedeutung der Elbe für Wirtschaft und Beschäftigung im Wirtschaftsraum Brunsbüttel.
- Die Sach- und Rechtslage, aufgrund derer die Landesregierung sich möglicherweise gezwungen sieht, im Zuge der Elbe vor Brunsbüttel ein ‚Natura-2000-Gebiet‘ auszuweisen.

Falls die Landesregierung es als zwingend notwendig beurteilt, im Zuge der Elbe vor Brunsbüttel ein ‚Natura-2000-Gebiet‘ auszuweisen, möge die Landesregierung auch berichten, warum das Land dieses Gebiet bisher nicht gemeldet hat, wann das Gebiet hätte gemeldet werden müssen und auf welcher Rechtsgrundlage entschieden wurde, es noch nicht zu melden.

- Die Einschränkungen für die Wirtschaft, die sich ergäben, wenn im Zuge der Elbe vor Brunsbüttel ein ‚Natura-2000-Gebiet‘ ausgewiesen würde, und deren Auswirkungen auf Wirtschaft und Beschäftigung im Wirtschaftsraum Brunsbüttel.

- Die Entscheidungsspielräume, die die Landesregierung bei der Ausweisung nutzen könnte—besonders bezüglich des Abstandes eines möglichen ‚Natura-2000-Gebietes‘ im Zuge der Elbe vor Brunsbüttel vom schleswig-holsteinischen Elbufer—und wie sich die verschiedenen Möglichkeiten auf Wirtschaft und Beschäftigung im Wirtschaftsraum Brunsbüttel auswirken würden.
- Entscheidungen anderer Bundesländer und Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in vergleichbaren Fällen.
- Die Haltungen betroffener und/oder beteiligter Gebietskörperschaften, Unternehmen, Verbände und weiterer Dritter zur möglichen Ausweisung eines ‚Natura-2000-Gebietes‘ im Zuge der Elbe vor Brunsbüttel.
- Die Haltung der Landesregierung bezüglich der Ausweisung eines ‚Natura-2000-Gebietes‘ im Zuge der Elbe vor Brunsbüttel.
- Die Beurteilung der Aussichten für den ‚Energiestandort‘ Brunsbüttel durch die Landesregierung.

Die Landesregierung möge hierzu besonders darauf eingehen, wie sie die Aussichten der Region Brunsbüttel nach dem Abschalten des Kernkraftwerkes beurteilt, welche Alternativen nach Ansicht der Landesregierung als Ersatz für die dann fehlende Stromproduktion in Betracht kommen, und welche dieser Möglichkeiten die Landesregierung nach heutigem Stand bevorzugt.

gez.
Dr. Heiner Garg
und Fraktion